

DEMOGRAFISCHE FORSCHUNG

Aus Erster Hand

Eine gemeinsame Publikation vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung, dem Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels, dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, dem Vienna Institute of Demography/Austrian Academy of Sciences, sowie dem Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital.

Editorial

10 Jahre „Demografische Forschung“: Bewährte Form, neues Team

Demografische Forschung Aus Erster Hand geht in sein 10. Jahr. Die Idee, neue Ergebnisse aus der Demografie der interessierten Öffentlichkeit direkt „vom Erzeuger“ zur Verfügung zu stellen, hat sich als großer Erfolg erwiesen. Mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung („BiB“) aus Wiesbaden erweitern wir – beginnend mit dieser Ausgabe – unser Team um eine weitere große, deutschsprachige, demografische Forschungseinrichtung. Wir hoffen, dass Sie dadurch einen noch besseren Einblick in die vielfältigen aktuellen Fragen der Demografie gewinnen können.

Etwas mehr als 20 Jahre nach dem Mauerfall muss man in Berlin mittlerweile sehr genau hinsehen, um überhaupt noch erkennen zu können, wo früher einmal die Mauer verlief. Doch haben sich auch die zu Wendezeiten bestehenden unterschiedlichen Familienformen einander angeglichen? Dieser Frage geht die auf den ersten beiden Seiten vorgestellte Arbeit von Norbert F. Schneider nach. Je nach gewähltem Indikator kann man zu unterschiedlichen Antworten kommen. Daher konstatieren die Forscher, dass man eher von einer „Hybridisierung“ sprechen sollte, als generell von einer Konvergenz oder Divergenz.

Von Angleichung und Auseinanderdriften demografischen Verhaltens handelt auch der Artikel auf der letzten Seite. Sebastian Klüsener untersuchte die durchschnittliche Kinderzahl auf regionaler Ebene in Deutschland, Österreich und der Schweiz seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein überraschendes Ergebnis der Studie ist, dass auch heute noch relativ große Unterschiede bestehen können, wie beispielsweise zwischen einzelnen Stadtgebieten in Bremen.

Welchen Weg Pakistan einschlagen wird, fragt der Beitrag auf Seite 3. Es ist davon auszugehen, dass Pakistan im Jahr 2050 ungefähr eine Bevölkerungsgröße wie heutzutage die USA besitzen wird. Doch wie wird das Land mit diesem enormen Bevölkerungszuwachs umgehen? Anne Goujon sieht insbesondere zwei Risiken: politische Instabilität und Armut. Eine Möglichkeit, diesen eventuellen Problemen zu entgehen, wären Investitionen in die Bildung. Der Studie nach ist es dabei besonders wichtig, möglichst frühzeitig in die Bildung zu investieren. Einen höheren Bildungsstand in einem Land zu erreichen, ist schließlich nicht in Kürze umzusetzen. Stattdessen benötigt solch ein Prozess Jahrzehnte.

Roland Rau

Familienforschung

Ähnlich, aber anders

Sind Ost-West-Vergleiche in der Familienforschung noch sinnvoll?

Wächst nun zusammen, was zusammen gehört? Oder nehmen die Unterschiede zwischen den Familien in Ost und West zu? Diese Fragen werden seit der Wiedervereinigung Deutschlands kontrovers diskutiert. Norbert F. Schneider vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung kritisiert beide Thesen und plädiert für eine differenzierte Sichtweise.

Ähnlich oder anders? Hinter den beiden konkurrierenden Ansichten zur Entwicklung von Ost- und Westdeutschland stehen im Wesentlichen zwei verschiedene Erklärungsmodelle. Wird davon ausgegangen, dass die Kultur im Vergleich zur ökonomischen Entwicklung und Struktur eines Landes eine untergeordnete Rolle spielt, so müsste sich Ostdeutschland mit der Einführung der Marktwirtschaft und der Übernahme der bundesdeutschen Rechtsstrukturen an den Westen anpassen. Vergleiche zwischen West- und Ostdeutschland wären damit früher oder später überflüssig. Die Gegenthese besagt indes, dass solche Angliederungsprozesse höchstens sehr oberflächlich verlaufen und kulturelle sowie regionale Eigenheiten erhalten

bleiben bzw. sich verfestigen. Dementsprechend vermuten die Vertreter dieser These, dass die Unterschiede zwischen Ost und West bestehen bleiben oder in manchen Bereichen sogar noch größer werden.

Tatsächlich lassen sich für beide Thesen zahlreiche Belege finden. In der demografischen Forschung etwa wurde die Erwerbstätigkeit von Müttern oft als Beispiel für einen relativ ausgeprägten andauernden Unterschied zwischen Ost und West angeführt (s. Abb.1). Das Alter von Frauen bei der Geburt des ersten Kindes dagegen ist nach der Wende auch im Osten stark angestiegen und wird gerne als Beispiel für Angleichungsprozesse genommen.

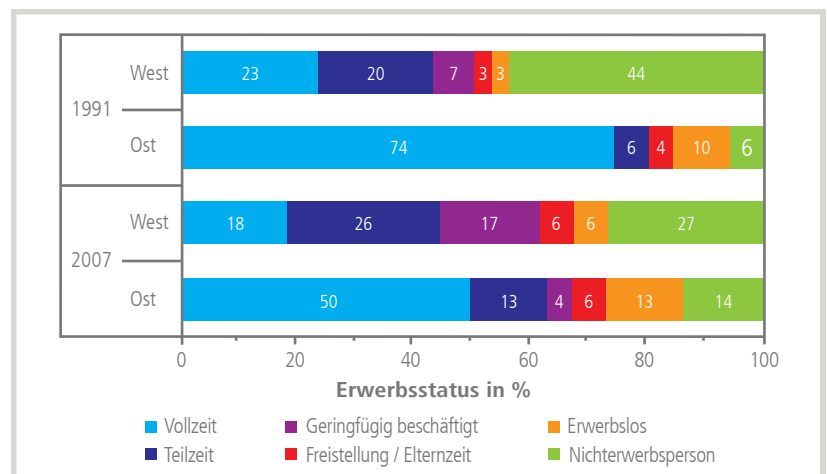


Abb. 1: Erwerbsstatus von Frauen mit Kindern unter 18 Jahren (in Prozent). Quelle: Geisler, Esther: Müttererwerbstätigkeit. In: Familie und Partnerschaft in Ost- und Westdeutschland: Ergebnisse im Rahmen des Projektes „Demographic differences in life course dynamics in Eastern and Western Germany“, J.R. Goldstein, M. Kreyenfeld, J. Huinink, D. Konietzka und H. Trappe (Hrsg.). Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock 2010, 11-12.

Dabei werde aber häufig eine recht willkürliche Interpretation von Konvergenz und Divergenz, also der Angleichung und dem Auseinanderdriften von Merkmalen, verwendet, argumentiert Schneider. Es fehle ein Maßstab für die genaue Bestimmung der Gleichheit bzw. Andersartigkeit.

Wer etwa die Entwicklung des Erwerbsstatus von Frauen mit Kindern unter 18 Jahren betrachtet (s. Abb. 1), kann natürlich den Schluss ziehen, dass es erhebliche Unterschiede in Ost und West gibt. Gleichzeitig ließe sich aber auch argumentieren, dass diese Unterschiede seit 1991 viel kleiner geworden sind. Um in solchen Fällen auf eine objektive Messgröße zugreifen zu können, schlagen Norbert F. Schneider und seine Kollegen die Verwendung des so genannten Dissimilaritätsindex vor. Bei einem Vergleich zweier Regionen zeigt dieser an, wie viel Prozent der Bevölkerung umziehen müsste, damit beide Gebiete in Bezug auf die untersuchte Kategorie homogen wären. Anhand eines solchen Index schließlich lässt sich ablesen, ob die Bevölkerung zweier Regionen über einen bestimmten Zeitraum divergiert oder konvergiert.

Für die Erwerbstätigkeit von Müttern zeigt sich dabei folgendes Bild (s. Abb.2): 1996 hätte noch etwa die Hälfte der Bevölkerung in Ost und West umziehen müssen, um bei Vollzeit arbeitenden, Teilzeit arbeitenden und nicht erwerbstätigen Müttern sowie Müttern, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, eine gleiche Verteilung zu erreichen. 14 Jahre später ist dieser Dissimilaritätsindex auf gut 30 Prozent gesunken. Ost und West haben sich im Hinblick auf die Müttererwerbstätigkeit also angenähert. Anders sieht das bei den unterschiedlichen Lebensformen aus. Diese waren häufig Gegenstand von Ost-West-Vergleichen, weil die Ehe im Westen stärker verbreitet ist und stärker mit der Familiengründung korreliert als im Osten. Wie viele Ehepaare mit und ohne Kinder gibt es? Wie viele unverheiratete Paare mit und ohne Kinder? Wie viele Alleinerziehende und Singles? Legt man diese sechs wichtigsten Lebensformen zu Grunde, so zeigt sich, dass im Jahr 1996 rund vier Prozent der Bevölkerungen in Ost und West hätte umziehen müssen, um eine gleiche Verteilung zu erreichen (s. Abb. 3). Im Jahr 2010 ist dieser Wert auf knapp acht Prozent gestiegen.

Teilweise wachsen die Unterschiede zwischen den Familien in Ost- und Westdeutschland also, teilweise gleichen sich die Lebensweisen einander an. In der Folge wurde je nach Forschungsbeitrag zwar häufig noch von Divergenz

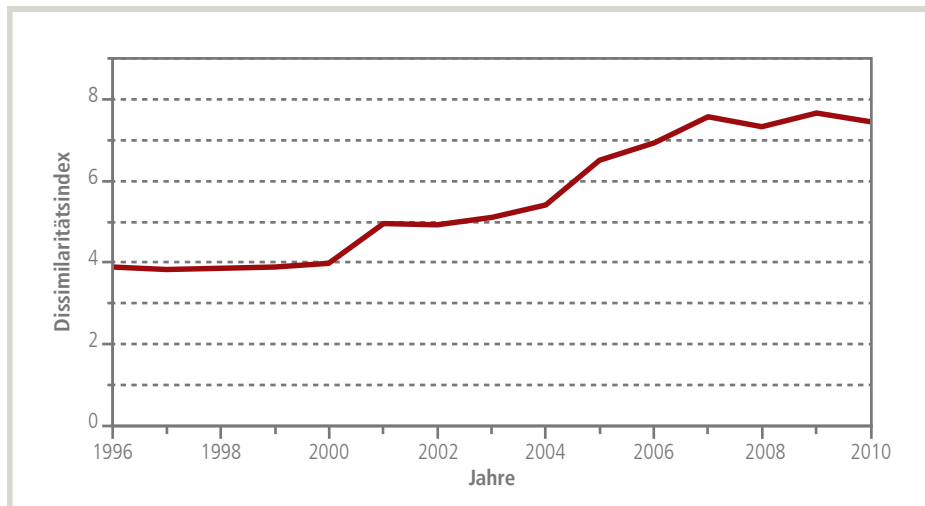


Abb. 3: Der hier dargestellte Dissimilaritätsindex zeigt an, wie viel Prozent der Bevölkerung umziehen müsste, um eine gleichmäßige Verteilung der Lebensformen in Ost- und Westdeutschland zu erreichen. Als Kategorien berücksichtigt wurden Ehepaare und unverheiratete Paare mit ledigen Kindern, Ehepaare und unverheiratete Paare ohne Kinder sowie Alleinerziehende und Singles. Quelle: Statistisches Bundesamt 2011b, Mikrozensus 1996 bis 2010, eigene Berechnungen.

oder Konvergenz gesprochen, stets aber verbunden mit der Einräumung, dass es sich um ein „uneinheitliches“ Bild, ein Bild mit Widersprüchen handele.

Tatsächlich, so Norbert F. Schneider und seine Kollegen, lasse sich weder von einer konvergierenden noch von einer divergierenden Entwicklung sprechen. Stattdessen fasst er beides als „Hybridisierung“ zusammen. Im Gegensatz zu den Konzepten von Konvergenz und Divergenz, geht er davon aus, dass verschiedene Einflüsse unterschiedlich stark aufgenommen werden. Dabei entsteht ein asymmetrisches Bild, wie es sich auch beispielhaft in den untersuchten Kategorien zeigt: Während sich das Alter der Mütter, die ihr erstes Kind zur Welt bringen, in Ost und West angeglichen hat, unterscheiden sich die Lebensformen in beiden Teilen Deutschlands stärker als noch vor zwei Jahrzehnten. Auch bei der Erwerbstätigkeit von Müttern gibt es noch erhebliche Unterschiede von Ost und West, obwohl eine Annäherung hier stattgefunden hat. Und zwar eine Annäherung des Ostens an den Westen, was sich unter anderem durch die Verringerung der Vollzeittätigkeit in Ostdeutschland zeigt. In beiden Regionen ist indes die Teilzeittätigkeit gestiegen.

Unterschiede bestehen also nach wie vor, allerdings sind sie wesentlich komplexer als anfangs angenommen.

Dennoch oder gerade deswegen, so Schneider, seien Vergleiche auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch sinnvoll. Wenn sie sich auf solide Daten stützen und mehrere wichtige Indikatoren zusammentragen, können sie wertvolle Einsichten für die Familienforschung sowie die Familienpolitik geben.

Dabei gelte es aber die Schwächen und möglichen Probleme bei Vergleichen zu berücksichtigen. Zum einen müssten Merkmale, wie zum Beispiel unterschiedliche Bildungsabschlüsse so kategorisiert werden, dass sie ohne zu große Verzerrungen miteinander vergleichbar sind. Zum anderen sollten über die zwei Untersuchungsgebiete hinaus weitere regionale Differenzierungen möglich sein. Wie wichtig dies sein kann, zeigt sich auch bei Vergleichen von Ost- und Westdeutschland. Die Zuordnung Berlins zum einen oder anderen Teil des Landes etwa hat oft entscheidende Auswirkungen auf das Ergebnis des Vergleichs und muss ebenso wie ein kompletter Ausschluss der Hauptstadt gut begründet sein. Auch die in einigen Regionen stark veränderte Zusammensetzung der Einwohnerschaft durch Ab- und Zuwanderung sollte nicht ohne Beachtung bleiben. Schließlich ist die Bevölkerung in einigen Regionen Ostdeutschlands durch hohe Abwanderungsraten beschleunigt geschrumpft und gealtert. Solche zusätzlichen Differenzierungen machen die Analysen komplexer und aufwändiger, verbessern die Vergleiche aber erheblich und liefern so eine wertvolle Grundlage für Handlungsempfehlungen.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Norbert F. Schneider

Literatur

Schneider, N.F., R. Naderi und S. Ruppenthal: Familie in Deutschland nach dem gesellschaftlichen Umbruch. Sind Ost-West-Differenzierungen in der Familienforschung zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung noch sinnvoll? In: Huinink, Johannes; Kreyenfeld, Michaela; Trappe, Heike (Hrsg.): Familie und Partnerschaft in Ost- und Westdeutschland. Ähnlich und doch immer noch anders. Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft 9/2012: 29-53.

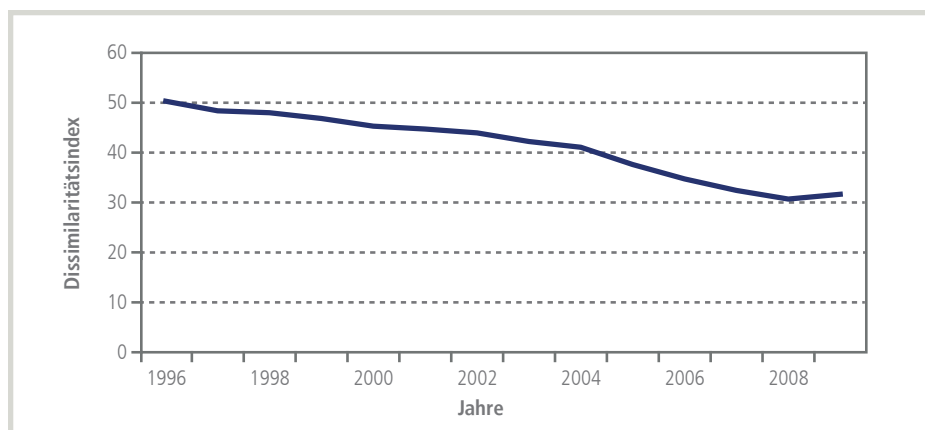


Abb. 2: Wie stark unterscheiden sich die Erwerbsformen west- und ostdeutscher Mütter im Alter von 18 bis 50 (ohne Berlin)? Im Jahr 1996 hätten noch die Hälfte der Mütter in das jeweils andere Bundesgebiet umziehen müssen, um eine gleichmäßige Verteilung der Erwerbsformen zu erreichen. Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 1996 bis 2009, eigene Berechnungen.

Bevölkerungswachstum

Waffen oder Bildung?

Noch im Jahr 2025 wird jeder dritte Erwerbsfähige in Pakistan nie eine Schule besucht haben

Hatte Pakistan im Jahr 1951 noch 33 Millionen Einwohner, so geht man heute davon aus, dass sich die Bevölkerung 100 Jahre später, 2050, mit etwa 300 Millionen Menschen beinahe verzehnfacht haben wird. Schlimmstenfalls entsteht durch dieses rapide Wachstum eine große Schicht unausgebildeter, arbeitsloser junger Menschen, die das Land in politische Unruhen stürzen könnte.

Es ist ein düsteres Szenario, in das sich viele aktuelle Zahlen einfügen: Pakistan gehört zu den zehn Ländern mit den weltweit schlechtesten Schülerleistungen und den höchsten Analphabetenraten, wie Anne Goujon in einer Studie zur Bildungssituation in Pakistan schreibt. Erst seit 2006, so die Wissenschaftlerin des Vienna Institute of Demography, bilden die Menschen, die lesen und schreiben können, die Mehrheit im Land. Und obwohl die Alphabetisierung voranschreitet und die Geburtenraten sinken, bleibt die absolute Zahl der Analphabeten aufgrund des noch anhaltenden Bevölkerungswachstums konstant: Es sind 50 Millionen Menschen.

Diese verheerenden Zahlen sind das Erbe der vergangenen Jahrzehnte. Im Jahr 1980 etwa waren die Militärausgaben Pakistans rund vier Mal so hoch wie die Bildungsinvestitionen (s. Abb. 1). Zwar sind die Ausgaben seitdem gestiegen, doch ob sich die langsame Wende von der einseitigen Militär-Politik hin zu mehr Bildungsförderung noch rechtzeitig vollzieht, ist ungewiss. Denn Bildungsförderung ist eine Langzeitinvestition: Bis sich eine verbesserte Schulbildung der Kinder durch die gesamte Schicht der Arbeitsbevölkerung, also der 20- bis 64-Jährigen, gezogen hat, vergehen einige Jahrzehnte. Nur mit einer gut ausgebildeten Schicht an erwerbsfähigen Menschen aber könnte Pakistan auch von seiner wachsenden Bevölkerung profitieren. Denn wenn es relativ wenige Alte und Kinder, aber relativ viele Erwerbstätige gibt, könnte dies dem Land eine wirtschaftliche Blüte bescheren. Für Pakistan wäre dieses Verhältnis vor allem in den Jahren 2025 bis 2050 günstig. Viel Zeit, um die Bildungssituation bis zu diesem günstigen Zeitfenster zu verbessern, bleibt also nicht.

Anne Goujon hat daher gemeinsam mit ihrem Kollegen Asif Wazir untersucht, wie sich die Bildungsinvestitionen Pakistans auf die Zusammensetzung der Bevölkerung

nach Bildungsabschlüssen auswirken werden. Dabei geht die Demografin von den Daten des Jahres 2005 aus: Wie viele Männer und Frauen in den unterschiedlichen Altersgruppen haben einen Grundschulabschluss, einen höheren Schulabschluss, eine Universitätsausbildung oder gar keine Ausbildung? Welches Alter erreichen sie durchschnittlich, und wie viele Menschen mit dem jeweiligen Bildungsgrad wandern ein oder aus? Besondere Bedeutung kommt darüber hinaus den Geburtenraten der Frauen in den unterschiedlichen Bildungsklassen zu. Mit Hilfe dieser Ausgangsdaten und einer gängigen Methode der Bevölkerungsprojektion konnte Goujon modellieren, wie sich die Bildungsschichten in den nächsten 40 Jahren entwickeln werden. Dabei ging sie davon aus, dass die Geburtenraten des Landes weiter fallen und um 2025 das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern erreichen werden. Ein ehrgeiziges Ziel, das Pakistan sich selbst gesetzt hat.

Doch selbst wenn dieses Ziel erreicht wird, wächst die Bevölkerung Pakistans bis zum Jahr 2050 auf 300 Millionen Menschen. Wie viele davon dann eine Schul- oder Universitätsausbildung haben werden, hat Anne Goujon in zwei Szenarien modelliert (s. Abb.2). Bei dem ersten, dem so genannten Trend-Szenario, projiziert sie die Bedingungen der letzten 15 Jahre in die Zukunft: Wie viele Kinder begannen durchschnittlich eine Grundschulausbildung, gingen danach auf eine weiterführende Schule und wie viele wechselten schließlich von dort an die Universität? Bei dem zweiten, dem so genannten „Ziel-Szenario“ geht die Demografin davon aus, dass die nationalen und internationalen Bildungsziele erreicht werden: Ab dem Jahr 2015 sollen demnach alle Kinder eine Grundschulausbildung bekommen, alle Bildungsunterschiede zwischen Männern und Frauen verschwunden sein und 80 Prozent der 10- bis 14- Jährigen eine weiterführende Schule besuchen. Die

Hälfte der 20- bis 24-Jährigen soll an einer Hochschule eingeschrieben sein. Doch selbst bei diesen wohl kaum zu erreichenden Zielwerten zeigt sich, wie langsam eine verbesserte Bildungspolitik zum Tragen kommt: Im Jahr 2050, also am Ende des Zeitfensters, das Pakistan für einen wirtschaftlichen Aufschwung nutzen könnte, hätten demnach trotzdem noch 11 Prozent der arbeitenden Bevölkerung gar keine Ausbildung (im Trend-Szenario wären es gut doppelt so viele). Auch die Geschlechterdifferenzen wären keineswegs verschwunden (s. Abb. 2). Im Jahr 2025, wenn das günstige Zeitfenster beginnt, sieht es noch schlechter aus. Denn die Ausbildungsgrundlagen der dann 20- bis 64-Jährigen sind größtenteils bereits in der Vergangenheit geschaffen worden: 33 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung haben zu diesem Zeitpunkt keine Ausbildung. Bei den Frauen sind es sogar 42 Prozent. Zahlen, die deutlich machen, dass Pakistan nicht nur in die Schulausbildung, sondern auch in die Erwachsenenbildung und hier besonders in die Bildung der Frauen investieren muss. Wenn dies nicht geschieht, bleiben die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Möglichkeiten, die Pakistan aus seinem Bevölkerungswachstum ziehen könnte, ungenutzt, so die Autorin.

Mitautorin der wissenschaftlichen Studie:
Anne Goujon

Literatur

Goujon, A. and A. Wazir: Human capital and population development: Pakistan and the "cannon or butter" dilemma. In: Understanding Pakistan through human and environmental systems, L.J. Hummel and R.L. Wolfel (eds.), United States Military Academy, West Point, NY, USA, 2011, 157-181.

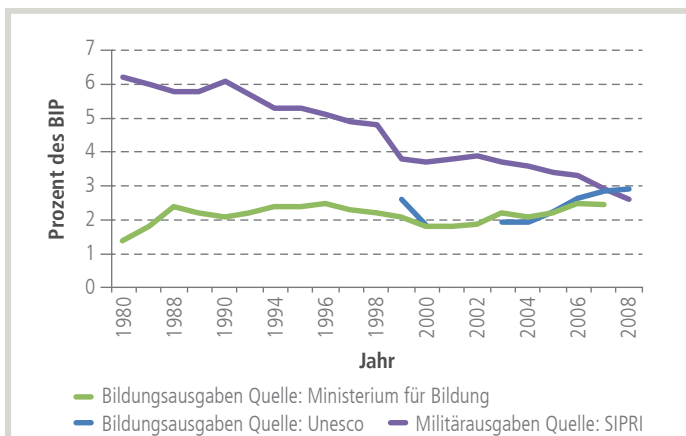


Abb. 1: Weniger Waffen, mehr Bildung: Ausgaben für Militär und Bildung in Prozent des Bruttoinlandprodukts von 1980 bis 2008.

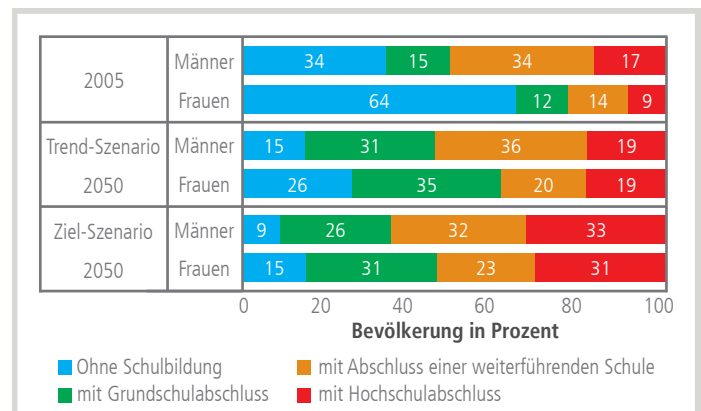


Abb. 2: Im Jahr 2005 hatte mehr als ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung (20-64-Jährige) keinen Schulabschluss. Dieser Anteil wird bis zum Jahr 2050 mehr (Ziel-Szenario) oder weniger (Trend-Szenario) stark sinken. Quelle: eigene Berechnungen.

Regionale Geburtenentwicklung

Hohe Kinderzahl auf dem Land, niedrige in der Stadt?

Langzeitstudie zu regionalen Geburtenraten in der Schweiz, Deutschland und Österreich

Im Jahr 1900 machte es durchaus noch einen Unterschied für die Familiengründung, ob eine Frau in Berlin oder in Niederbayern lebte: Durfte die Großstädterin im Schnitt mit 2,7 Kindern rechnen, brachte die Frau im Süden Deutschlands mehr als doppelt so viele Kinder zur Welt. Solch große Unterschiede sind heute kaum mehr zu finden – es sei denn man schaut ganz genau hin.

Genau das hat Sebastian Klüsener getan. Gemeinsam mit zwei Kollegen hat der Wissenschaftler des Rostocker Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in mühsamer Kleinarbeit für die letzten 150 Jahre Daten aus unterschiedlichen Quellen harmonisiert und zusammengetragen, um vergleichbare zusammengefasste Geburtenraten für Regionen der Schweiz, Österreichs und Deutschlands zu erhalten.

Dabei konnten für die Schweiz die längsten und detailliertesten Zeitreihen ermittelt werden (s. Abb. 1). Sie zeigen eine für viele europäische Länder typische Entwicklung: Gehen die regionalen Fertilitätsunterschiede bis Mitte des 19. Jahrhunderts noch zurück, so ändert sich dies mit dem einsetzenden Geburtenrückgang: Die Geburtenrate sinkt in den urbanen Gegenden recht schnell, während sie in den ländlichen Gegenden zunächst stabil bleibt. Ebenso wie in Österreich und Deutschland erreichen diese Unterschiede um das Jahr 1920 herum einen Höhepunkt: Zu diesem Zeitpunkt ist die zusammengefasste Geburtenrate von 1,3 Kindern pro Frau in Basel-Stadt nur halb so hoch wie im umliegenden Kanton Basel-Landschaft. Über die letzten 90 Jahre haben sich die Differenzen zwischen den Kantonen aber immer mehr angeglichen, so dass sie heute fast verschwunden sind. Auch in Österreich lässt sich eine solche stetige Abnahme der regionalen Unterschiede zeigen. In Deutschland kommt es

dagegen aufgrund der Teilung des Landes zu einem sehr viel unsteteren Bild. So erlebte der Osten eine Achterbahnfahrt mit relativ hohen Geburtenraten ab 1975 und sehr niedrigen Geburtenraten ab 1990, während die westlichen Regionen seit den 1970er Jahren auf einem niedrigen Niveau verharren. Ab 1994 aber gleichen sich auch in Deutschland die regionalen Geburtenraten wieder aneinander an. Eine Entwicklung, wie Klüsener sie seit Anfang der 90er Jahre in 15 von 18 europäischen Ländern finden konnte.

Überraschend ist diese zumeist über mehrere Jahrzehnte anhaltende Annäherung der regionalen Geburtenraten

nicht. Angefangen von der Etablierung eines einheitlichen Bildungssystems, über die Ausbreitung der Massenmedien, die Angleichung des Lebensstandards durch Sozialleistungen bis zur ökonomischen Förderung strukturschwacher Gebiete, sind kulturelle, wirtschaftliche und soziale Unterschiede zwischen den Regionen im Laufe der letzten Jahrzehnte immer stärker zurückgegangen. Auch der Ausbau der Kinderbetreuung trägt tendenziell dazu bei, stark verdichtete Räume für Familien mit Kindern wieder attraktiver zu machen.

Parallel zu dem regionalen Angleichungstrend scheint es allerdings innerhalb größerer Städte teilweise zu entgegengesetzten Entwicklungen zu kommen. Dies konnten Sebastian Klüsener und seine Kollegen anhand eines genaueren Blicks auf die Bundesländer Bremen und Niedersachsen zeigen. Weil sich in Deutschland nach 1945 nur relativ großräumige Daten auf Ebene der Bundesländer ermitteln ließen, trugen die Demografen zusätzlich die Geburtenraten für 28 Gebiete in der Stadt Bremen und 255 Gebiete in Niedersachsen in der Zeit von 1971 bis 2006 zusammen. In Niedersachsen zeigte sich dabei ein bekanntes Muster: Obwohl es hier traditionell Gebiete gibt, die im Vergleich zur bundesweiten Geburtenrate besonders hohe (Cloppenburg) beziehungsweise besonders niedrige Werte (Harzregion) melden, sind die Unterschiede im untersuchten Zeitraum insgesamt stark zurückgegangen. Der großräumige Trend,

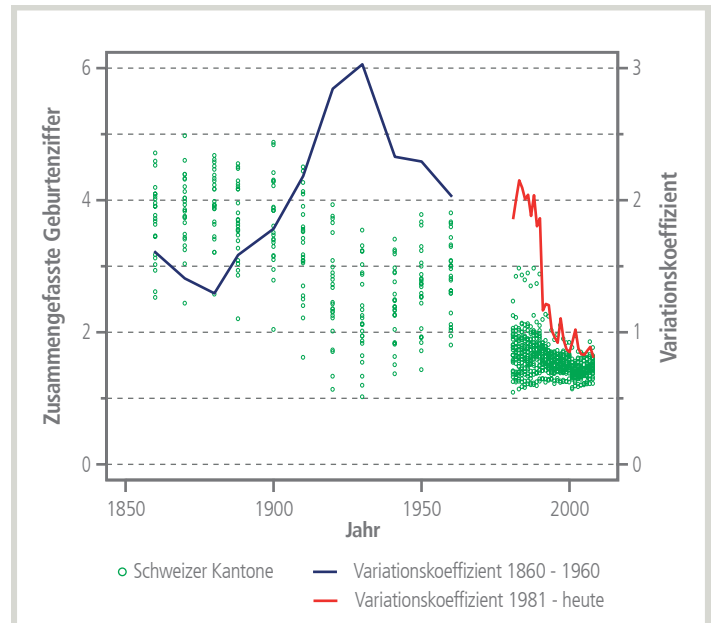


Abb. 1: Die Kreise geben die Geburtenraten für die einzelnen Schweizer Kantone an. Wie stark diese Raten sich regional voneinander unterscheiden, lässt sich am so genannten Variationskoeffizienten ableiten, der für 1860 bis 1960 mit einer blauen Linie und von 1980 bis 2010 mit einer roten Linie markiert ist. Die Daten für 1860-1960 basieren auf Schätzungen, die leichte Fehler aufweisen können. Quelle: Schweizer Bundesamt für Statistik, Princeton European Fertility Project.

der für Deutschland, Österreich und die Schweiz aufgezeigt wurde, findet sich demnach auch im kleinen Maßstab wieder. Ganz anders sieht es hingegen in Bremen aus, wo die Unterschiede zwischen den untersuchten Bremer Stadtteilen in den vergangenen Jahrzehnten stark gestiegen sind. Klüsener führt dies darauf zurück, dass zum Beispiel junge Frauen in spezifischen Lebensabschnitten wie der häufig kinderlosen Studiumsphase bestimmte Wohngegenden bevorzugen. Auch allgemein ist es zu einer stärkeren Konzentration von Menschen mit ähnlichem sozialen Hintergrund in einzelnen Stadtteilen gekommen. Hierdurch grenzen sich die jeweiligen Stadtteile auch in den Geburtenraten stärker ab. Ein Trend, den Klüsener in vielen anderen Städten ebenfalls vermutet und der in den kommenden Jahren voraussichtlich anhalten wird.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Sebastian Klüsener

Literatur

Basten, S., J. Huinink und S. Klüsener: Räumliche Unterschiede in der subnationalen Fertilitätsentwicklung in Österreich, Deutschland und der Schweiz. Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 36(2011)2-3: 615-660.

Impressum

Herausgeber: James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock

in Kooperation mit

- Gabriele Doblhammer, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels, Rostock
- Norbert F. Schneider, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden
- Wolfgang Lutz, Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences, und Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital, Wien

ISSN: 1613-5822

Verantwortlicher Redakteur: Roland Rau (V.i.S.d.P.)

Redaktionsleitung: Tomma Schröder

Wissenschaftliche Beratung: Katja Köppen, Roland Rau

Technische Leitung: Silvia Leek **Layout:** Janek Pilzecker

Druck: Stadtdruckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock

Anschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland

Telefon: (+49) 381/2081-143 **Telefax:** (+49) 381/2081-443

E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org

Web: www.demografische-forschung.org

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur bei Nennung der Quelle erlaubt. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.

MAX-PLANCK-GESSELLSCHAFT